

Karin Priester

Rechtspopulismus im Aufwind

Krisensymptom oder Folge der europäischen Einigung?

Vor den Wahlen zum Europaparlament wächst wieder die Angst vor dem Rechtspopulismus. Er ist zweifellos ein Krisenphänomen, aber nicht direkt, sondern eher mittelbar eine Folge des europäischen Einigungsprozesses. Ein-Punkt-Bewegungen, die nur die Euro-Skepsis im Programm hatten, sind allesamt rasch gescheitert. Rechtspopulismus reagiert auf eine viel umfassendere Krise der politischen Repräsentation und der Abschottung der politischen Eliten von den Sorgen und Nöten des »gemeinen Mannes«. Euro-Skepsis ist nur der Effekt einer primären Motivlage, nämlich der Angst vor der ungesteuerten Immigration von Menschen, denen zwei Grundhaltungen unterstellt werden: Integrationsunwilligkeit oder -unfähigkeit sowie Ausnutzung der sozialen Netze durch »Sozialtourismus«, wie die neueste diskriminierende Wortschöpfung lautet.

Die Öffnung des europäischen Binnenmarktes seit Januar 2014 für Rumänen und Bulgaren verleiht diesen Ängsten zusätzliche Brisanz. Bildungsferne, auf dem Arbeitsmarkt kaum vermittelbare Armuts-migranten sorgen für spektakuläre Schlagzeilen, und Städte wie Duisburg, Dortmund oder Mannheim erklären, sie seien mit der Integration dieser Menschen überfordert. Dabei wird leicht übersehen, dass in Rumänien der *brain drain* hochqualifizierter Arbeitskräfte vor allem im medizinischen Sektor inzwischen dramatische Formen angenommen hat. Während westeuropäische Länder von diesen Arbeitskräften, deren Ausbildung sie nichts gekostet hat, profitieren, sinkt die medizinische Versorgung im Herkunftsland und kann auch durch nachrückende Migranten aus dem benachbarten Moldawien nicht kompensiert werden. Vor allem Deutschland, Frankreich

und Großbritannien profitieren vom Exodus medizinischer Fachkräfte aus Rumänien – viel Stoff zum Nachdenken über die Folgen des freien Personenverkehrs im EU-Raum und den Verlust an kulturellem Kapital in diesen ohnehin schon benachteiligten Ländern.

Europa wird heute vor allem als Wirtschaftsraum mit den typischen push- und pull-Mechanismen von Migrationsbewegungen wahrgenommen. Von der in Sonntagsreden viel beschworenen europäischen Identität, der gemeinsamen Kultur oder gar dem europäischen »Geist« ist nicht viel zu spüren. Wo sollte er auch liegen? Im Christentum oder dem römischen Erbe, das nur bedingt für Osteuropa gilt? Oder im europäischen Sozialstaat, an dessen Abbau die EU kräftig mitwirkt? Was unter europäischer Identität firmiert, ist lediglich nutzenkalkulierte, utilitaristische Zustimmung zur europäischen Integration. Die affektive Identifikation gilt immer noch der Region oder der Nation.

In der nur befriedeten, keineswegs beendeten Finanzmarktkrise brechen alte, längst überwunden geglaubte kulturelle Fronten zwischen den nordeuropäisch-protestantischen und den katholisch oder griechisch-orthodox geprägten Ländern Südeuropas wieder auf. Ausgerechnet der sozialdemokratische Außenminister Griechenlands, Evangelos Venizelos, verlagerte in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 4. Januar 2014 die ökonomischen Modalitäten von Zahlungsfristen, Zinssätzen, Moratorien und Troika-Interventionen auf die Ebene kultureller Bevormundung: »Hier haben wir es mit dem Problem der protestantischen Ethik zu tun. An den Griechen wird eine pädagogische Erniedrigung sta-

tuiert.« Deutschland als europäische Hegemonialmacht zwingt anderen Ländern nicht nur akut seine Austeritätspolitik, sondern auch seine Arbeitsethik und politisch-ökonomische Kultur auf.

Auch in Frankreich geht die Angst vor dem protestantischen deutschen Hegemon um und wird nicht etwa von der notorisch nationalistischen Rechten, sondern von einem Vertreter der dortigen Piratenpartei, dem arbeitgebernahen Publizisten Eric Verhaeghe, zur Sprache gebracht. Historisch habe Frankreich immer enge Beziehungen zu den katholischen deutschsprachigen Gebieten unterhalten, die Frankreich näherstanden als Preußen. »Wir hätten nie zulassen dürfen, dass das wiedervereinigte Deutschland Berlin als Hauptstadt wählt (...) Solange Westdeutschland von Preußen getrennt war, war das europäische Projekt kohärent und erfolgreich. Von dem Tag an, als Westdeutschland in den preußischen Expansionismus zurückgefallen ist, hat Europa sein Gleichgewicht verloren und ist unerträglich geworden.«

In Spanien sorgte 2013 ein Ökonomieprofessor in der Tageszeitung El País mit seinem Artikel »Deutschland gegen Europa« für Aufsehen. »Wie Hitler hat Merkel dem Rest Europas den Krieg erklärt, um sich jetzt den ökonomischen Lebensraum zu sichern.« Der Artikel wurde zwar umgehend aus dem Netz genommen, aber aus Protest gegen diese »Zensur« macht ihn nun die spanische attac zugänglich. In Großbritannien griff der EU-Parlamentarier Godfrey Bloom, Mitglied der euroskeptischen, immigrationsfeindlichen Partei UKIP das deutsche »Empire« an und nannte den EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz einen Nationalsozialisten. Wie einst die Nazis wolle er den Rest Europas mit seinem EU-Kurs unterjochen. Auch die UKIP ist auf der Erfolgspur. Nachdem sie 2013 bei Regionalwahlen 23 % erzielte, schlägt auch Premierminister David Cameron inzwischen eurokritische Töne an. Vor allem nach der Wieder-

vereinigung hat in Großbritannien das *German bashing* zugenommen und wird von Massenblättern wie Daily Mail und Daily Mirror geschürt.

100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkriegs erinnerte Außenminister Frank-Walter Steinmeier im Januar in der FAZ daran, dass ein Kriegsausbruch im Herzen Europas inzwischen unvorstellbar geworden sei. Ist der Krieg im ehemaligen Jugoslawien schon vergessen oder liegt das Herz Europas nur in Frankreich und Deutschland? »Mit der Europäischen Union«, so Steinmeier, »haben wir einen Weg gefunden, unsere Interessenunterschiede friedlich aufzulösen«. Das sehen Millionen Europäer von Lissabon bis Saloniki inzwischen anders. Die Friedenserzählung hat historisch zur Legitimation der EU gedient, aber sie reicht nicht mehr aus, um vor allem junge Menschen unter dem Druck von Arbeitslosigkeit und prekären Zukunftsaussichten für Europa zu begeistern. Auf die Regulierung der Finanzmärkte warten sie bisher vergebens.

Rechtspopulisten sind nur ein Teil dieser EU-kritischen Masse, aber gerade sie sind im Aufwind. Nationalistische Stereotype, Vorurteile und dümmliche Völkerpsychologie haben nicht nur gegenüber Asylanten und Immigranten, sondern auch unter EU-Mitgliedern zugenommen: die »faulen Griechen«, der Sozialbetrügerdiskurs der CSU und das heraufziehende »Vierte Deutsche Reich« sind nur zwei Seiten derselben Medaille. Identitäten bilden sich nach wie vor im nationalen Rahmen aus. Merkels Austeritätspolitik ist nur das auslösende Moment für tiefer liegende Stimmungslagen. Sie werden getragen vom langen historischen Gedächtnis einer kulturellen Andersartigkeit zwischen Nord- und Südeuropa. Griechenland werde, so Außenminister Venizelos, nicht nur ökonomisch geknüttet, sondern »pädagogisch erniedrigt«, weil der nordeuropäisch-protestantische Lehrmeister befinde, es

Die Friedenserzählung reicht nicht mehr aus

müsse noch einige Lektionen nachlernen. Die protestantische Ethik, die sich längst von ihrem religiösen Ursprung gelöst hat und zur Erklärung der heutigen Konsumgesellschaften nur wenig beiträgt, ist aber immer noch zur Polarisierung zwischen Südeuropa und dem protestantischen Preußen tauglich: Von Friedrich II. über Hitler zu Merkel. Mythen sind schlechte Ratgeber für rationale Krisenlösungen. Aber als Mobilisierungsfaktor waren sie, vor allem in Krisenzeiten, immer schon erfolgreich.

Im November letzten Jahres stellte EU-Ratspräsident Herman van Rompuy fest: »Die Vorurteile gegen andere EU-Bürger nehmen in besorgniserregender Weise zu.« Dabei gebe es nicht zu viel, sondern noch zu wenig Mobilität in Europa. Kann sich van Rompuy nicht vorstellen, das genau dies viele Menschen verunsichert? Die Perspektive lebenslanger Mobilität ist nicht für alle attraktiv, schon gar nicht für ältere Menschen und solche mit niedrigen Bildungsabschlüssen, darunter auch viele Arbeiter. Gerade diese Wählerklientel neigt aber überproportional stark zum Rechtspopulismus, der sich aus Deklassierungsängsten, Machtlosigkeit, Frustrationen und dem Gefühl, auf der Verliererseite zu stehen, speist. Aber er speist sich auch aus dem Konservatismus von Begüterten, denen die CDU zu viele Konzessionen an die EU, an den Sozialstaat, an die Gleichstellung von Frauen und sexuellen Minderheiten macht.

Abgesehen von der CSU hat der Konservatismus kein politisches Sprachrohr mehr und muss Verbindungen mit anderen Kräften eingehen. Die noch junge AfD ist dafür ein gutes Beispiel. Hier versammeln sich Konservative wie die Publizisten Alexander Gauland oder Konrad Adam, Wirtschaftsliberale wie Joachim Starbatty, Hans-Olaf Henkel und Parteichef Bernd Lucke, aber auch Quertreiber mit rechtspopulistischer Gesinnung. Die Parteiführung distanziert sich zwar von diesem rechten Rand, aber er bringt der AfD auch Stim-

men, denn sollte sie bei der EU-Wahl nicht positiv abschneiden, dürfte bald ihr Sterbeglöckchen läuten. Ihr starkes Aufgebot an Ökonomieprofessoren und anderen Akademikern wird ihr wenig nützen, wenn sie nicht auf das »Volk« zugeht und aus dem Schatten eines politisch frustrierten Alt Herrenclubs heraustritt.

Rechtspopulismus unterscheidet sich nur graduell vom Rechtsextremismus, aber es gibt Berührungsschranken, die für große Fragmentierung des rechten Feldes sorgen. Vor kurzem haben Marine Le Pen (Front National, FN) und Geert Wilders von der niederländischen Freiheitspartei die Initiative zur Gründung einer eigenen EU-Fraktion ergriffen. Die beiden sind ein seltsames Gespann: Er ist erklärter Islamgegner und Israel-Freund; sie steht dagegen noch im Schatten ihres rechtsextremen, antisemitischen Vaters, der auch mit 84 Jahren nicht ans Aufhören denkt. Noch ist er Ehrenvorsitzender der Partei, EU-Kandidat und Brücke zu den Hardlinern in der Partei. Aber die Strategie seiner Tochter zur Entdämonisierung des FN trägt bereits Früchte: Nach Umfrageergebnissen liegt sie mit 23 % noch vor der konservativen UMP und den Linken.

Mit der ungarischen Jobbik will die geplante rechte EU-Fraktion zwar nichts zu tun haben, aber die UKIP und die AfD zeigen ihr trotzdem die kalte Schulter. Auch mit der Dänischen Volkspartei und der Partei »Die Finnen« ist vorerst nicht zu rechnen. Es könnte nur der harte Kern des europäischen Rechtspopulismus übrig bleiben – die FPÖ, der belgische Vlaams Belang, die Schwedendemokraten und die Lega Nord. Aber das würde schon ausreichen, um der Fraktion zahlreiche Vergünstigungen zu garantieren und gleichzeitig das »Monster in Brüssel« (Geert Wilders) in Bedrängnis zu bringen: Im neuen EU-Parlament könnten unter Einschluss der noch Rechteren fast ein Drittel EU-Gegner vertreten sein. DER SPIEGEL kolportierte im Herbst 2013 die Aussagen eines

EU-Kommissars: »Fest steht: Es wird jede Menge Irre im nächsten Parlament geben.« Auf Seiten der EU hat man offenbar noch nicht begriffen, dass mit van Rompuy's Rezepten (Wirtschaftsaufschwung, Schaffung von Arbeitsplätzen, mehr Mobilität) die EU ein Schönwetter-Unternehmen

bleibt und in jeder Krise erneut nationale Animositäten aufbrechen. Deutschland ist gut beraten, sich zurückzuhalten und nicht so zu tun, als ob am deutschen Wesen die EU genesen werde. Auch wir waren schließlich vor nicht allzu langer Zeit schon einmal der »kranke Mann Europas«.



Karin Priester

lehrt Soziologie an der Universität Münster und ist im Beirat der NG/FH.

priestek@uni-muenster.de

Hannes Swoboda

Eine sozialdemokratische Alternative für Europa

Zwischen dem 22. und 25. Mai werden etwa 350 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Europa die Möglichkeit haben, das Europäische Parlament für fünf Jahre zu wählen. Der größte Unterschied zu den bisherigen Wahlen ist, dass es zum ersten Mal europäische Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten geben wird. Die sozialdemokratischen und progressiven Parteien haben sich bereits mit großer Mehrheit für Martin Schulz als gemeinsamen Kandidaten entschieden.

Doch während in Brüssel noch mit dem Europäischen Rat über diese neue Demokratisierung gestritten wird – insbesondere Frau Merkel möchte nichts von direkter europäischer Demokratie wissen – müssen wir uns die Frage stellen: Wie können ein erneuertes Parlament, seit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags mit weitreichenden gesetzgeberischen Kompetenzen ausgestattet, und eine neue Europäische Kommission, die im Herbst ihre Arbeit aufnehmen wird, die distanzierte Haltung seitens der europäischen Bürger verringern? Wie kann dem Euroskeptizismus, dem stärker werdenden Nationalismus – der manches Mal bis zur Xenophobie reicht –, wie

können die europäischen Institutionen inmitten einer immer noch andauernden Wirtschaftskrise diesen Schwierigkeiten entgegentreten?

Es ist die Herausforderung, den Bürgern vor der Wahl die sozialdemokratische Alternative für Europa zu kommunizieren und diese gegebenenfalls nach der Wahl umzusetzen. Die undifferenzierte Diskussion über »mehr« oder »weniger« Europa muss aufhören. Es geht nicht um die bloße Quantität an europäischer Integration. Immerfort die europäische Ebene einzubeziehen bzw. zu erweitern, ist nicht notwendigerweise die richtige Antwort. Die EU, insbesondere die Kommission, muss sich zurückhalten mit schwer vermittelbaren Vorschlägen wie dem zur Verbannung offener Olivenölkännchen von den europäischen Restauranttischen. Diese Form von »mehr« Europa lehnen unsere Bürgerinnen und Bürger völlig zu Recht ab.

Wie so oft geht es um die Qualität, nicht die Quantität. Das Ziel sollte nicht sein, Europa um jedem Preis zu verschlanken oder zu vertiefen. Da wo es sinnvoll ist, muss Europa agieren können. Dort wo kommunale, regionale oder nationale Strukturen sinn-